

Steinbruch-BI kritisiert „Larifari-Antworten“

Haslach: Gegner der geplanten Erweiterung sehen sich für Anhörungstermin am 21. April gut gewappnet

Für den geplanten Anhörungstermin zur Erweiterung des Steinbruchs in Haslach fordert die diesbezüglich formierte Bürgerinitiative, dass dort – trotz Pandemie – auch Bürger teilnehmen könnten. Ansonsten soll dieser Termin verschoben werden.

„Der Eindruck, dass es inmitten der Corona-Pandemie ziemlich ruhig geworden ist in der Diskussion um die Zukunft des Steinbruchs Herrenberg-Haslach, täuscht gewaltig – und das hat nichts damit zu tun, dass es zuletzt immer wieder heftigste Sprengungen gab, die nicht nur die Haslacher Bürgerinnen und Bürger erschüttert haben, sondern auch deren Häuser“, heißt es hierzu in einer Pressemitteilung der BI, die im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung um 5,7 Hektar „klare Forderungen“ formuliert hat.

Schon seit weit über einem halben Jahr beschäftigt sich das Verwaltungsgericht Stuttgart nun mit der Frage, ob die Anordnung des Landratsamts Böblingen rechtmäßig sei, den Betrieb des Steinbruchs aufgrund der veralteten Produktionsanlagen, die seit mindestens einem Jahrzehnt

nicht mehr dem neuesten Stand der Technik entsprächen, sofort stillzulegen. Der Fall sei völlig zu Recht als „Eilverfahren“ eingeordnet, nur ist aus Sicht der BI nicht nachzuvollziehen, „warum das Thema dann nicht auch schnell entschieden werden kann“. Angesichts der unzumutbaren Belastungen durch den Steinbruch – „Staub, Lärm, Sprengungen, Verkehr“ – hätten die Bürger einen Anspruch darauf, endlich zu erfahren, ob der Betrieb mit den aktuellen Produktionsanlagen vom Landratsamt stillgelegt werden könne oder ob es für ein Gericht möglich sei, Argumente zu finden, die es den Betreibern erlaubten, weiterhin mit einer, so die BI, „schrottreifen Anlage auf Kosten der Menschen ziemlich viel Schotter zu machen“.

Im zweiten Verfahren, das anliegt, gehe es um die vom Betreiber geplante Erweiterung des Steinbruchs. Vom Landratsamt sei für Mittwoch, 21. April, in der Stadthalle Herrenberg ein Anhörungstermin angesetzt. An diesem Tag könnten alle, die Einwände gegen die Genehmigung formuliert haben, ihre Argumente vorbringen. Dies sei der entscheidende Termin für die Frage, ob der Betrieb des Steinbruchs unglaubliche 30 bis 35 Jahre weiterlaufen werde und die Belastungen durch die Erlaubnis, erheblich mehr als bisher abzu-

bauen, noch einmal enorm ansteigen würden. Deshalb fordert die BI Steinbruch Herrenberg-Haslach, diese Anhörung nur dann zu realisieren, wenn auch die Bürger zugelassen werden könnten. Nur so sei eine offene, transparente Entscheidungsfindung möglich. Sollten die aktuellen Regeln zur Bewältigung der Corona-Pandemie es nicht erlauben, die Öffentlichkeit einzubinden oder die Verantwortlichen gar über einen rein digitalen Anhörungstermin nachdenken, sei eine neuerliche Verschiebung des Termins aus Sicht der BI die einzig mögliche Lösung.

Ausführlich Stellungnahme für Verfahren erarbeitet

Wenn der Anhörungstermin dennoch statuffe, werde die BI Steinbruch Herrenberg-Haslach „bestens darauf vorbereitet“ sein. „Wir haben in unserer Stellungnahme zum Genehmigungsverfahren ausführlich und mit vielen stichhaltigen Argumenten genauestens begründet, warum die Erweiterung aus unserer Sicht nicht genehmigt werden kann“, erklärt die BI, „wir sind absolut bereit für eine sachlich fundierte Diskussion mit dem Betreiber und dem Landratsamt.“ Zugleich fordert die BI, dass ihre Einwände, Argumente

und Fragen diesmal auch ernst genommen würden – anders als noch im Januar. Damals sei das Landratsamt enorm stolz darauf gewesen, die Öffentlichkeit am Genehmigungsverfahren für das neue Schotterwerk, das nach Meinung der BI völlig unverständlicherweise abgekoppelt vom Genehmigungsverfahren zur Erweiterung laufe, zu beteiligen. Über eine Internetseite hätten Fragen eingereicht werden können, davon habe die BI regen Gebrauch gemacht. Umso enttäuschender sei die Resonanz auf die 40 gestellten Fragen ausgefallen. „Wir hatten uns fundierte und umfassende Antworten erhofft“, erklärt die BI in einer Pressemitteilung, „erhalten haben wir Rückmeldungen, die in ihrer Inhaltsleere nur schwer zu unterbieten gewesen wären. Wenn am Ende lediglich unbedeutende Larifari-Antworten geliefert werden, hat das nichts mit einer sinnvollen, ernstzunehmenden Beteiligung der Öffentlichkeit zu tun. Diese Antworten des Landratsamts sind ein weiterer Beleg für unsere Befürchtung, dass die Genehmigungsbehörde vorhat, das neue Schotterwerk und die Erweiterung des Steinbruchs möglichst geräuschlos durchzuzwinkeln. Doch dagegen werden wir uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften wehren.“ -gb-